

# 30 Jahre Deutsche Einheit – historischer Glücksfall und beeindruckende Erfolgsgeschichte

Die Herbeiführung und Gestaltung der Einheit Deutschlands ist eine der eher seltenen positiven Entwicklungen von Weltbedeutung im 20. Jahrhundert. Ein kurzer Rück- und Ausblick gilt denen, die gestaltend mitgewirkt haben, denen, die nicht in Ostdeutschland gelebt haben und der nächsten Ärztegeneration.

Nach langen kontroversen Auseinandersetzungen um die Zukunft beider deutscher Teilstaaten, die unterschiedlichen Wirtschafts- und Militärbündnissen angehörten, zeichnete sich knapp ein Jahr nach dem Fall der Berliner Mauer, am 9. November 1989, die

Einigung von BRD und DDR in Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ab. Die machtvollen Montagsdemonstrationen in Leipzig, Dresden und Berlin leiteten die friedliche Revolution ein, führten zum Erstarken der Reformkräfte in der DDR, zum Zurückweichen und zur Implosion des SED-Regimes und damit zur Wende in den deutsch-deutschen Beziehungen.

Große Teile der DDR-Bevölkerung forderten im Konsens mit anderen osteuropäischen Ländern ihre Freiheits- und Menschenrechte unüberhörbar ein.

Es ging um Wahl- und Meinungsfreiheit, Reise-, Versammlungs- und Gewissensfreiheit und um Teilhabe an Entscheidungen zur weiteren gesellschaftlichen Entwicklung in allen Lebensbereichen.

Durch die am 18. März 1990 demokratisch legitimierte frei gewählte Volkskammer wurden diese Freiheitsrechte und weitere für die gesellschaftliche Umgestaltung entscheidenden Rechtssetzungen wie Vereinigungs-, Vertrags-, Berufs- und Niederlassungsfreiheit beschlossen.

Nach Annahme des Einigungsvertrages über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion durch Volkskammer und Bundestag sowie dem Beitritt der DDR zum Grundgesetz der BRD konnte am 3. Oktober 1990 „der Tag der Deutschen Einheit“ als Nationalfeiertag festlich begangen werden.

Der Bundespräsident, Richard von Weizsäcker, erklärte damals: „Die Form der Einheit ist gefunden. Nun gilt es, sie mit Inhalt und Leben zu füllen.“

Für unsere Betrachtungen spielt die Neuausrichtung und -strukturierung im Rahmen der Sozialunion die maßgebliche Rolle, um ein Gesundheits- und Sozialwesen für ein Deutschland zu entwickeln. Im Einigungsvertrag heißt es: „Die Sozialunion bildet mit der Währungs- und Wirtschaftsunion eine Einheit. Sie wird insbesondere bestimmt durch eine der Sozialen Marktwirtschaft entsprechende Arbeitsrechtsordnung und ein auf den Prinzipien der Leistungsgerechtigkeit und des sozialen Ausgleichs beruhendes umfassendes System der sozialen Sicherung.“



Montagsdemonstration in Leipzig, 4. Dezember 1989

© Gerhard Gäbler



Versammlung im Hörsaal der Pathologie des Krankenhauses Dresden-Friedrichstadt, Ende Oktober 1989

Folgerichtig war es notwendig, das DDR-Gesundheitswesen wegen seiner Mängel, Steuerungsdefizite und politischen Zielsetzungen „bei laufendem Betrieb“ in das weltweit anerkannte bundesdeutsche Gesundheits- und Sozialsystem zu integrieren. Dieser aufwändige kräftezehrende Transformationsprozess brachte große berufliche und private Unsicherheiten und Ängste der betroffenen Heilberufler, die sich plötzlich mit völlig neuen Gegebenheiten, Organisationsprinzipien, apparativen und medikamentösen Möglichkeiten konfrontiert sahen. Es begann eine beispiellose erfolgreiche Aufhol- und Umstellungsdynamik, die durch großzügige Förderprogramme für den stationären und den ambulanten Bereich flankiert wurden.

Völlig neu war für uns Ärzte eine gemeinsame Selbstverwaltung mit Sitz und gewichtiger Stimme für die Regelung fachspezifischer Angelegenheiten. Initiativreiche Ärzte gründeten nach Vorbild und mit Unterstützung von ärztlichen Kollegen aus den „alten Ländern“ der BRD freie Verbände, Körperschaften und Fachgesellschaften, die

alsbald ihre Arbeit im Rahmen ihrer gesetzlichen Rahmenbedingungen aufnahmen. Auch an den beiden Medizinischen Fakultäten in Dresden und Leipzig kam es nach zähem Ringen mit den linientreuen Altkadern zu einer grundlegenden demokratischen Erneuerung. Über sogenannte Personal- und Gründungskommissionen (Fakultät Dresden) erfolgte auf der Basis des Hochschulneuerungsgesetzes eine Neuberufung der Dozenten und Professoren neuen Rechts durch das Sächsische Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst.

Betrachtet man den Stand der Medizin nach 30 Jahren Transformation in den neuen Bundesländern so kann man mit Fug und Recht sagen, dass ein modernes Gesundheits- und Hochschulwesen auch für Sachsen geschaffen werden konnte.

Alle Resultate und Kennziffern in der medizinischen Versorgung, in der Forschung und Lehre haben mittlerweile internationales Niveau erreicht oder bestimmen diesen Entwicklungsstand mit. Wir stellen uns den Herausforderungen und Problemen zukünftiger Entwick-

lungen von digitaler Medizin, künstlicher Intelligenz und Robotik, die für uns Ärzte in Praxis, Klinik und Öffentlichem Gesundheitsdienst zunehmende Bedeutung haben werden.

Davon unabhängig bleiben die ethischen Grundwerte des Arztbildes – Wissenschaftlichkeit, Erfahrung, persönliche Haltung und menschliche Zuneigung – trotz der rasanten Entwicklung der modernen Medizin unveräußerlich. In diesem Zusammenhang sei auf die aktuelle Deklaration des Weltärztebundes von 2017 verwiesen, der die ethisch moralischen Ansprüche an die heutigen Ärzte beschreibt und zugleich erstmalig die wichtige Passage zur „Ärztegesundheit“ einfügt: „Ich werde auf meine eigene Gesundheit, mein Wohlergehen und meine Fähigkeiten achten, um eine Behandlung auf höchstem Niveau leisten zu können.“ Das heißt im Klartext, dass nur der Arzt heilen, helfen und begleiten kann, der sich gesund hält, dem eine vernünftige „work-life-Balance“ gelingt und dem sein Beruf Freude und Erfüllung bringt.

Gleichzeitig müssen wir uns mit unseren Körperschaften gegen Tendenzen einer „staatlichen Auftragsverwaltung“ sowie zunehmende Kommerzialisierung und Ökonomisierung wenden, da die Medizin und die ärztliche Arbeit zur Daseinsfürsorge gehören und keine „Handelsware“ sind.

Da halten wir es mit dem großen Vordenker in Medizin und Sozialwissenschaft Rudolf Virchow (1821 – 1902) der formulierte: „Die Medizin ist eine soziale Wissenschaft und die Politik ist nichts weiter als Medizin im Großen.“ Das gilt auch für jetzt und in Zukunft. ■

Prof. Dr. med. habil. Jan Schulze  
Ehrenpräsident der  
Sächsischen Landesärztekammer